Abgeordnetenhausberlin

Drucksache 19 / 16 087 Schriftliche Anfrage

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Kristian Ronneburg (LINKE)

vom 10. Juli 2023 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 11. Juli 2023)

zum Thema:

Sichere Schulwege zur Fuchsberg-Grundschule in Biesdorf

und **Antwort** vom 25. Juli 2023 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 26. Juli 2023)

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

Herrn Abgeordneten Kristian Ronneburg (Die Linke) über die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/16087 vom 10. Juli 2023 über Sichere Schulwege zur Fuchsberg-Grundschule in Biesdorf

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Verwaltung:

Die Schriftliche Anfrage betrifft zum Teil Sachverhalte, die der Senat nicht aus eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er ist gleichwohl um eine sachgerechte Antwort bemüht und hat daher den Bezirk Marzahn-Hellersdorf um Stellungnahme gebeten, die bei der nachfolgenden Beantwortung berücksichtigt ist.

- 1. Die Initiative "Sichere Schulwege zur Fuchsberg-Grundschule" setzt sich für verschiedene Maßnahmen zur Förderung der Verkehrssicherheit für Kinder in Biesdorf ein. Wie schätzt der Senat die Verkehrssicherheit entlang der Heesestraße ein?
- 2. Gibt es aus Sicht des Senats genug Querungsmöglichkeiten entlang der Heesestraße?

- Zu 1. und 2.: Es handelt sich bei der Heesestraße um eine zweispurige Straße der Stufe 4 (Ergänzungsstraße). Die Straße bedarf aus Sicht des Bezirks einer Überprüfung in Hinblick auf die Verkehrssicherheit für den Schulweg. Insofern sollen weitere sichere Querungsmöglichkeiten im Hinblick auf die Schulwegsicherheit geprüft werden.
- 3. Hält der Senat eine zusätzliche Querungsmöglichkeit in Höhe der Schwabenallee, z.B. durch eine Lichtsignalanlage für umsetzbar und förderlich für die Erhöhung der Verkehrssicherheit?
- 4. Wird der Senat eine LSA an dem Standort prüfen? Wenn nein, warum nicht?
- 5. Hält der Senat einen Fußgängerüberweg auf der Heesestraße in Höhe des Wuhlewanderwegs für umsetzbar und förderlich für die Erhöhung der Verkehrssicherheit?
- 6. Wird der Senat eine FGÜ an dem Standort prüfen? Wenn nein, warum nicht?
- 7. Hält der Senat eine sichere Querungsmöglichkeit der Zimmermannstraße in Höhe des Wuhlewanderwegs für umsetzbar und förderlich für die Erhöhung der Verkehrssicherheit?
- 8. Wird der Senat eine Querungsmöglichkeit an dem Standort prüfen? Wenn nein, warum nicht?
- Zu 3. bis 8.: Die oben genannten Maßnahmen werden aus Sicht des Bezirks grundsätzlich befürwortet und sind zum Teil auch schon in den letzten Jahren angefragt worden. Insofern sollen diese Maßnahmen auch im Hinblick auf die Erhöhung der Schulwegsicherheit geprüft werden.
- 9. Wie schätzt die BVG die Taktung der Bus-Linie 190 ein? Wird die BVG die Bus-Linie 190 zwischen 6:30 und 8:30 auf einen 10-Minuten-Takt erhöhen?
- Zu 9.: Innerhalb des für die Beantwortung der Anfrage zur Verfügung stehenden Zeitraums lagen seitens der BVG hierzu keine Rückmeldungen vor. Grundsätzlich ist anzumerken, dass der Senat auch im Hinblick der Fragen der Erreichbarkeit von bestehenden und neu geplanten Schulstandorten im regelmäßigen Austausch mit der BVG steht.
- 10. Wie positioniert sich das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf zur Forderung nach
- a) einer Umwidmung der Wulkower Straße in eine Fahrradstraße als Verlängerung der

Alberichstraße mit geeigneten Pkw-Hindernissen?

- b) der Anhebung des Gehwegs auf beiden Seiten an der Ecke Köpenicker
- Str./Habichtshorst und Sicherung durch Poller?
- c) einer Fertigstellung/Sanierung des Gehwegs in der Schwabenallee?

Zu 10.: Das Bezirksamt hat sich zu den Maßnahmen wie folgt positioniert:

- a) Eine Umwidmung zur Fahrradstraße wird überprüft.
- b) Im Kreuzungsbereich Köpenicker Straße/Habichtshorst ist der Gehweg bereits angehoben. Poller würden den Gehweg in seiner Breite zu stark einschränken, da Poller mindestens 50 cm vom Bord entfernt aufgestellt werden müssen. Die Restbreite des Gehweges würde die Barrierefreiheit stark minimieren.
- c) Die in den letzten Jahren zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel des Straßen- und Grünflächenamtes haben leider den weiteren Ausbau bisher nicht zugelassen.

Berlin, den 25. Juli 2023

In Vertretung
Dr. Torsten Kühne
Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Familie